



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VII/95- 24.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Saar-Debatte	S. 1
Polizeistaat Portugal	S. 3
Das Neueste über "Im Westen nichts Neues"	S. 4
Des Kanzlers Selbstenthüllung	S. 6
<u>Anhang: Sonderausgabe zum 1. Mai 1952</u>	

Der Kanzler-Feisheit letzter Schluß

P.R. Zuletzt ist der 12. Mai vom Bundeskanzler als der Termin genannt worden, an dem Generalvertrag und Zusatzverträge fertiggestellt werden würden, in engem zeitlichem Zusammenhang mit der Beendigung der Verhandlungen über die Eingliederung Westdeutschlands in die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Auch die tiefe Enttäuschung über die letzte Entwicklung in der Saarfrage wird den Willen des Kanzlers, schnellstens zu den erwähnten Abmachungen zu kommen, nicht beeinträchtigen.

Hier ist man schon am Kern der Erklärung für das vollkommene Fiasko der Saarpolitik Adenauers angelangt, einer Politik der Gutgläubigkeit (gegenüber den Franzosen) und der Vertröstung (gegenüber dem eigenen Volk), wie der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, am Mittwoch im Bundestag sagte. Die Westalliierten haben gerade in den letzten Jahren sehr viele und recht weitgehende Forderungen an die deutsche Adresse gerichtet. Sie boten eine vorzügliche Gelegenheit, damit eigene, deutsche Wünsche zu verbinden, sowie das von jeher und überall bei politischen Verhandlungen üblich ist.

Davon aber hat man im Hinblick auf die Saar nie etwas gehört, obwohl beim Schuman-Plan, beim Europa-Rat und bei anderen Gelegenheiten Ansatzpunkte genug vorhanden waren. Wenn der

Kanzler am Mittwoch, in die Enge getrieben, die Frage stellte, welche Politik die Sozialdemokraten denn an seiner Stelle getrieben haben würden, so lag die Antwort auf der Hand: Die Erfüllung fremder Forderungen von der Befriedigung eigener Wünsche abhängig zu machen und nicht den absolut unpolitischen und unverständigen Weg zu gehen, von einer ungehemmten Bereitschaft zu eigenen Vorleistungen ein entsprechendes Entgegenkommen der anderen Seite zu erwarten.

Natürlich ist das Gegenteil von dem eingetreten, was der Kanzler in seinen Erklärungen immer wieder betonte, wie es vorauszusehen war und von der Sozialdemokratie auch immer wieder vorausgesagt worden ist. Besonders schlimm an der Geschichte war und ist, daß der deutsche Bundeskanzler offen jedem, der es hören wollte oder nicht, erklärt hat, er werde unter allen Umständen (d.h. praktisch, ob man ihm nun etwas als Gegenleistung dafür geben werde oder nicht) die Verträge mit dem Westen abschließen. So hat er alle Trümpfe fortgegeben, die Gegenseite aber hat bisher nicht einen auf den Tisch gelegt und die Saarkarte hält sie besonders fest in der Hand. Verantwortlich für diese Entwicklung ist auch die Mehrheit des Bundestages, die in ihren Beschlüssen nicht nur den Versuch machte, die Tür nach dem Osten zuzuschlagen, sondern gleichzeitig der Regierung den Auftrag gab, den Abschluß der Verträge mit dem Westen durchzuführen.

Ganz offenbar hat die Regierung nicht die Absicht, aus ihren trüben Erfahrungen zu lernen. Sie hat sich am Mittwoch in Abänderung einer sozialdemokratischen EntschlieÙung für eine eigene Erklärung der sie tragenden Parteien entschieden, in der im wesentlichen ähnliche Forderungen aufgestellt werden, der entscheidende Schlußabsatz aber fortgelassen worden ist, der Bundestag dürfe keiner Regelung zustimmen, die diesen proklamierten Grundsätzen widerspricht. Damit hängt alles vorher Verkündete wieder in der Luft. Auch eine andere Abänderung ist bedeutsam; Die sozialdemokratische EntschlieÙung hatte verlangt, daß über deutsches Staatsgebiet rechtens nur durch das Gesamtvolk verfügt werden dürfe. Nach der EntschlieÙung der Regierungsparteien kann eine solche Verfügung "nicht ohne deutsche Zustimmung" erfolgen, eine ganz vage Wendung, die sich nach dem Willen der Initiatoren der EntschlieÙung vielleicht sogar auf die einfache Unterschrift des Kanzlers bezieht.

Im übrigen hat der Kanzler auch am Mittwoch auf der alten Linie operiert, wenn es sich irgend machen ließ, eine klare Antwort auf eine klare Frage zu vermeiden. So hat er sich nicht bereit erklärt, seinen Briefwechsel mit Minister Schuman bekanntzugeben und er hat nicht auf die Frage geantwortet, ob er beabsichtige, die Saar-Denkschrift, die er in Paris gegen seine dem Bundestag gegebene Zusage in der Tasche behielt, noch einmal vorzulegen. Freilich hat er diesmal, im Gegensatz zu früheren Gelegenheiten, offen zugeben müssen, daß er mit seiner Saarpolitik Schiffbruch gelitten hat. An die Stelle des schon vertrauten, zuversichtlichen Zurufes „Glauben Sie mir doch!“ (daß sich nämlich alles bald zum Guten wenden werde) trat das resignierende „Warten wir ab, wie die endgültige Lösung eines Tages aussehen wird“. Wenn man bedenkt, daß es sich um das Schicksal eines Teiles Deutschlands handelt, eine Parole von erschütterndem Gleichmut. Ist sie der Kanzler-Weisheit letzter Schluß ?

Salazar - Franco: Gleiche Brüder, gleiche Kappen

"Jocisten" sind keineswegs Kommunisten, auch nicht Sozialisten. Sie sympathisieren auch weder mit den Kommunisten noch mit den Sozialisten noch mit den Freien Gewerkschaften. Im Gegenteil, sie bekämpfen Kommunismus, Sozialismus und sind die entschiedenen Gegner der Freien Gewerkschaften, denen sie die Organisation der jungen Arbeiter in rein christlich-katholische Gewerkschaften gegenüberstellen.

Die "Jocisten", wie sie in Frankreich, Belgien und Italien genannt werden, wo sie besonders stark sind, sind nämlich die Mitglieder der Großorganisation der katholischen Jugend, vor allem Arbeiterjugend, die mit päpstlichem Segen und auf der Basis katholischer Soziallehren die Arbeiterjugend vom Kommunismus, Sozialismus und den freien Gewerkschaften ab in das Lager der alleinseligmachenden katholischen Arbeiterbewegung führen wollen. Aber damit wollen sie immerhin organisieren und sind sozial eingestellt. Das genügt schon, um ihnen die übelsten Abenteuer bei den "christlich-katholischen" Diktatoren, und zwar nicht nur bei Franco, sondern in diesem Falle bei seinem Nachbarn, dem in der liberalen Presse so oft unvorbehalten gelobten portugiesischen Diktator Salazar einzubringen.

Zwei belgische Jocisten machten im Januar eine Studienreise nach Portugal. Sie hatten kaum einige katholische Kollegen aufgesucht, als sie verhaftet wurden. In der Hauptstadt Lissabon, auf offener Straße, von der PIDE - der Gestapo Salazars. Ganz nach Nazi-schema wurden sie in das Hauptquartier der PIDE geschleppt, mit Fußtritten die Treppen hinaufbefördert, mußten sich mit dem Gesicht an die Wand stellen, bekamen heimliche Stöße von hinten, so daß sie sich die Nasen an der Wand blutig stießen (das Blut mußten sie auflecken) und wurden "verhört" - stundenlang. Auf ihre Beteuerungen, daß sie gute Katholiken seien und der katholischen Jugendorganisation angehörten, antworteten die verhörenden Polizisten mit Ohrfeigen und Fußtritten. Sie sollten absolut gestehen, daß sie zur MUD, einer angeblich in Portugal bestehender anarchistischer Geheimorganisation gehörten. Alle ihre Beteuerungen, daß sie Jocisten, also

"Sympathisierende" für Salazars Portugal seien, brachten nur neue Ohrfeigen und schlimmeres ein. Schließlich hatten andere Beamte ihr Reisegepäck durchgestöbert und den französischen Katechismus der Jocisten, das Buch "Der junge französische katholische Arbeiter" entdeckt. Trotzdem hieß es: "Fah - dieser Jocismus ist doch beinahe dasselbe wie die MUD!"

Schließlich mußte man die beiden katholischen jungen Arbeiter entlassen, mißhandelt und geschunden, wie sie waren. Aber man gab ihnen die echt diktatorische Mahnung auf den Weg:

"Nehmt nicht an politischen oder sozialen Bewegungen hier im Lande teil, wenn Ihr beweisen wollt, daß Ihr gute Katholiken seid! Geht in Frieden! Und Ihr seid immer willkommen, wenn Ihr uns Informationen über Personen bringen könnt, die gegen unser Regime arbeiten!"

Nun, die belgischen jungen Arbeiter waren anständige Leute. Sie brachten der Polizei des Diktators keine Informationen über "Gegner" des Regimes, sondern wandten sich beschwerdeführend an die Zentrale der "Katholischen Aktion" in Portugal. Ohne Erfolg; man bedeutete ihnen dort, daß man es ablehnen müsse, gegen den Übergriff der Polizei zu protestieren. Darauf schrieben die guten jungen Katholiken von Belgien aus einen Beschwerdebrief an den Papst ... Ob das was helfen wird ?

-pt

+ + +

Blank nicht gegen Remarque

Das Neueste über "Im Westen nichts Neues"

A.M. Als nach dem großen Erfolg von Remarques Kriegsbuch "Im Westen nichts Neues" die Amerikaner den Film zusammenstellten und drehten und ihn in Deutschland zeigen wollten, gingen gleich bei den ersten Vorführungen im Berliner Mozartsaal die Hitlerleute mit weißen Mäusen und Blindschleichen gegen den Film vor. Damals waren sie in der Minderheit und weiße Mäuse sind harmlose Tiere. Aber sie stifteten Verwirrung - der Mob tobte auf der Straße.

Was sollte man tun ? Der Filmprüfungsausschuß wurde zusammengerufen - besah sich den Film hinter verschlossenen Türen - und fand,

daß nichts besser geeignet sei, den Abscheu vor dem Krieg zu vertiefen und die Friedensliebe zu verstärken. Wer diesen Film sah, konnte wirklich zum Pazifist werden. Der Filmprüfungsausschuß wollte den Frieden - wer will ihn nicht? - aber die meisten Herren gingen, bevor sie Ja oder Nein sagten, in die Wandelgänge des Reichstags und besprachen die Sache mit den Abgeordneten. Der Reichstag wurde schwach und beugte sich dem Mob der Straße - so kam jenes halbe Ja oder halbe Nein zustande, das besagte, daß der Film nur in geschlossenen Vorstellungen gezeigt werden durfte. Aber in den holländischen und schweizer Grenzorten wurde der Film von morgens bis nachts vorgeführt und zu Tausenden führen die Deutschen über die Grenzen, um den Remarque-Film zu sehen, dessen Siegeszug nicht mehr aufzuhalten war. Das Verbot wurde gelockert und schließlich aufgehoben, bis dann die Nazis Film und Buch verboten und den Autor ausbürgerten.

Das war vor 20 Jahren. Mittlerweile ist ein weiterer Krieg über dieses Land hinweggetobt, der weit grausiger war, als alles, was Remarque gesehen und beschrieben hatte.

Nach Krieg und Zusammenbruch, nach Entnazifizierung und Entmilitarisierung braucht Herr Eisenhower zur Verteidigung Europas deutsche Soldaten. Das Volk reagiert sauer - es will nichts wissen von Kasernenhof und Schießvorschrift, von marschieren und Uniform.

Die antimilitaristische Reaktion des deutschen Volkes ließ den geschäftlichen Instinkt der amerikanischen Filmagnaten wach werden, die sofort begriffen, daß mit dem kriegsgegnnerischen Filmwerk Remarques in Deutschland noch Geschäfte zu machen seien. Sofort wurde der Film in Deutschland angeboten. Die Selbstkontrolle, die die Zulassung des Films in Deutschland begutachten sollte, geriet in die größte Verlegenheit. Was sollte man machen? Amerika bot einen Film an, der das Grauen des Krieges so abscheulich darstellte, daß jeder die Lust verlor, noch einmal Soldat zu werden. Und das gleiche Amerika will von uns Soldaten.

Die Filmleute kannten sich nicht mehr aus - das war ein Politikum, das sie nicht allein entscheiden wollten. Also kabelte man nach Bonn und bat um einen "zuständigen" Mann. Der zuständige Mann war Herr Blank, der Verteidigungskommissar Blank, der sich nun schmerzbewegten Herzens den Film ansah, der nun fürwahr kein Werbefilm für seine Europaarmee war. Aber was sollte nun Herr Blank tun? Er konnte ja nicht das gleiche tun, was die Nazis getan hatten und den Film verbieten? Nein, das ging nicht. Also mußte er genehmigt werden. Wenn aber die öffentliche Sicherheit gefährdet erscheint, wird er verboten - so wurde es gleich mit der Genehmigung angekündigt. - In München und anderen Städten läuft der Film nun schon in der dritten Woche. Irgendwo hat die SRP gegen die Aufführung des Films protestiert. Der Reichstag hat im Zusammenhang mit diesem Film einmal vor dem Mob der Straße kapituliert - der Bundestag wird wohl diesen Fehler nicht wiederholen.

Und Herr Eisenhower weiß wahrscheinlich gar nicht, daß seine Landsleute von der Filmproduktion seine Sache torpedieren und sich dabei die Taschen füllen.

Sich selbst enthüllt

Bisweilen öffnet sich ganz unerwartet ein Blick in die geheimsten Gedankenkammern auch eines Redners, dessen wesentliche Eigenschaft kühle Verschlossenheit ist. So ging es dem Bundeskanzler in der letzten Saar-Debatte. Die Blöße, die er sich gab, verrät mehr über den Politiker Adenauer als es die Lektüre seiner gesammelten Reden vermag.

Auf den Zwischenruf eines kommunistischen Abgeordneten, wie er, der Kanzler sich die Lösung der leidigen Saar-Frage vorstelle, antwortete Adenauer: "Sicher nicht durch Reden im Bundestag". Das war eine bewußte Provokation. Die Opposition erhob schärfsten Einspruch. Nur die Abgeordneten der Regierungsparteien schwiegen. Empfanden sie nicht die Verhöhnung und Mißachtung des gesamten Hauses, die aus dieser Antwort des Kanzlers sprach? In diesem Augenblick war Adenauer ganz er selbst: Der autoritäre Einzelgänger, der Verächter parlamentarischer Gewohnheiten, der Mann, der in jeder Kritik eine ungebührliche Einnischung in seine Handlungen sieht und dem der Bundestag gerade noch als Tribüne für seine Reden gut genug ist.

Der Kanzler trat mit dieser Bemerkung - nachträgliche Abschwächungsversuche nützten nicht viel - in bedenkliche Nähe jener leider nicht ausgestorbenen Geister, die den ganzen Parlamentsbetrieb als "Quatschbude" bezeichnen. Die heimlichen und offenen Gegner der Demokratie, die ^{auch} halb und dreiviertel Totalitären können triumphieren und sich ^{auch} auf den deutschen Bundeskanzler berufen. Darauf wollte ein zweiter Zwischenrufer hinweisen, der dafür einen Ordnungsruf erhielt. Doch uns dünkt, dieser Zwischenruf, wenn vielleicht auch überspitzt formuliert, hatte schon seine innere Berechtigung.

-er

Verantwortlich: Peter Raunau